Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 71 (1991)
Heft: 3

Artikel: Europa in Mehrzahl : Sachzwänge und Zielsetzungen
Autor: Papcke, Sven
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-164887

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Sven Papcke

Europa in Mehrzahl

Sachzwänge und Zielsetzungen

«Wir sind kein Volk der Pflanzen»! Mit diesem Ausruf der Erleichterung kehrten die Rumänen nach Europa zurück. Der Kalender zeigt Freitag, den 22. Dezember 1989. Es ist mittags gegen zwölf Uhr. Wenige Minuten nach dem Sturz des Diktators Nikolae Ceausescu widerruft die bekannte Lyrikerin *Ana Blandiana* mit diesen Worten über Radio Bukarest ihre frühere Feststellung, das Land in den Karpaten habe sich offenbar damit abgefunden, als Objekt eines aufgezwungenen Herrscherwillens stumm vor sich hin zu vegetieren. Umschrieben hatte sie diese Trostlosigkeit mit der poetischen Formel vom *«Volk der Pflanzen»*. Das war im Jahr 1984, und die Verse ihres Gedichtes *«Ich glaube»,* die seither als Zeugnis des Widerstandes immer wieder abgeschrieben und von Hand zu Hand im Lande weitergereicht wurden, schlossen mit der schmerzlichen Frage, wer — bitte schön — *«hat jemals einen Baum gesehen, der sich auflehnt?»*

Die Schrecken der rumänischen *Securitate* machten solche Resignation verständlich. Deren Terrorregime erinnerte eher an eine asiatische Satrapie denn an Verhältnisse in einer zivilen Gesellschaft. Beides, das Schinden *und* das Dulden im Lande des *Conducators,* hatte wahrlich nicht mehr viel gemein mit europäischen Gepflogenheiten. Allerdings war die geographische Nähe auf dem Erdteil durch den «Eisernen Vorhang» schon seit 1945 ohne Bedeutung. Nicht nur Transsylvanien wurde eingesperrt. Dort aber gerieten die Verhältnisse besonders schlimm. Was wohl auch damit zusammenhing, dass es hier — anders als in vielen «Brudernationen» Rumäniens im Ostblock — ausser einigen Hungerrevolten, wie zuletzt am 15. November 1987 in Brasov (früher Kronstadt), Widerstand kaum jemals gab. In einem Land, in dem jede Schreibmaschine zentral erfasst wurde mit Seriennummer und Schriftprobe, war Auflehnung aber vielleicht auch nicht möglich.

Wie tief diese Trennung Europas in zwei unterschiedliche Lebenssphären wirklich war, ist der Öffentlichkeit erst im vergangenen Jahr so recht klar geworden. Die ganze Welt stand den Westeuropäern offen, nicht aber die *terra incognita* hinter jenem ominösen *Limes* aus Stacheldraht und Wachtürmen, der seit Stalins Zeiten den Erdteil durchtrennte. Diese Region mochte ökonomisch, politisch, technologisch, kurz zivilisatorisch wo auch immer liegen, aus dem Europa der Gegenwart jedenfalls war sie

ausgeklammert. Nachdenkliche Mitteleuropäer wie Ana Blandiana beklagten diese Entfremdung seit langem. Der Despot von Bukarest, in westlichen Hauptstädten gern mit Orden behängt, terrorisierte Rumänien vierundzwanzig lange Jahre. *«Jede Tyrannei wird in des Satans Grimm gesetzt»,* hatte *Joseph Görres* [1] den Potentaten dieser Welt angedroht. Die Tugenden einer «friedlichen Revolution» konnten hier nichts ausrichten. Ceausescus Ende durch Erschiessen wirkte wie Notwehr.

Schwierigkeiten

Das war am 25. Dezember 1989, und wir wissen mittlerweile, dass der Übergang zu Demokratie und Marktgesellschaft in Bukarest dann doch nicht ganz so eindeutig verlaufen ist, wie es sich die «Front der Nationalen Rettung» vorgestellt haben mochte. Obschon ohne drückende Auslandsschulden, ist das Land zwischen Banat und Dobrudscha heute gründlich ruiniert. Jahrzehnte der Stagnation und der andressierten Unmündigkeit sind mit einem Regierungswechsel allein eben kaum zu beheben. Auch Rumänien wird — wie alle Länder, die 1989 den Systemwechsel probten —, noch viel Unterstützung und vor allem Nachhilfeunterricht in politischem Pluralismus benötigen, um bei der Europäisierung aufzuholen. Daher hat *Anneli Ute Gabanyi* [2] wohl nicht zu Unrecht nachdrücklich auf die vielfältigen Schwierigkeiten hingewiesen, die zu überwinden sind. Nicht nur in Rumänien ist neben allen Aufbau-Anstrengungen auch Vergangenheitsbewältigung vonnöten, sowie die Bereitschaft zu Geduld und Verständnis, um gar nicht erst wieder mit alten Reibereien anzufangen — etwa über Grenzziehungen —, die in diesem landsmannschaftlich buntvermischten Siedlungsgebiet schon frühere Gehversuche in Demokratie scheitern liessen. Immerhin, nicht nur Rumänien, *ganz* Osteuropa hat im vorvergangenen Jahr geographisch sowie — der Absicht nach — auch zivilisatorisch nach Europa zurückgefunden. Allen wohlklingenden Erklärungen hat allerdings in der Praxis erst noch die verantwortungsethische Bewältigung der unzähligen Problemgebirge in Stadt und Land zu folgen, die den demokratischen Nachfolgeregierungen vom Kommunismus hinterlassen wurden. Auch aus Moskau lässt sich seit geraumer Zeit übrigens vernehmen, man sei gewillt, als Mitbewohner in das «europäische Haus» heimzukehren. Das hat wohl nicht zuletzt damit zu tun, dass sich die Zwangsgemeinschaft der «Union sowjetischer Republiken» vor unseren Augen auflöst, die hierzulande etwa von *Franz Ansprenger* [3] gepriesen wurde als Beispiel für *«eine überzeugende Politik der Integration».*

In einer ebenso spannenden wie aufschlussreichen Analyse des Nationalitätenkonfliktes und seiner Ursachen hat *Eberhard Beckherrn* [4] demgegen-

über erläutert, warum eine derart geschönte Sicht der Dinge nicht zutrifft, wohl nie gestimmt hat, und weswegen das Rote Imperium gerade gegenwärtig immer rascher, sozusagen von heute auf morgen, auseinanderzubrechen scheint.

Neuanfang

«So sieht also Weltgeschichte in der Nähe aus; man sieht nichts.» Eher ironisch hat *Robert Musil* [5] nach dem Ersten Weltkrieg auf den rasenden Wandel seiner Zeit reagiert. Die Mitwelt wurde von den vielen Ereignissen überfordert. *«Das hilflose Europa oder Reise vom Hundertsten ins Tausendste»* (1922) heisst der Titel seines scharfsinnigen Essays über die verworrene Lage auf dem Alten Kontinent. Anschaulich beschreibt Musil darin das *«Unterwasserschwimmen in einem Meer von Realität»* (S. 1087). Offenbar der Breitensport einer Epoche, die den Überblick verloren hatte. Freilich lief sie Gefahr, am Ende gar nicht wieder aufzutauchen. Der sensible Krisenzeuge dachte mit Blick auf Europa ohnehin nurmehr an einen *«Ordnungsschein über einem Chaos»,* auf mehr Orientierung war laut Musil kaum noch zu hoffen.

Aber auch das war noch, wie wir Heutigen wissen, zuviel verlangt. Der Erdteil ertrank in seinen selbst gebrauten Kalamitäten. Besonders rasch ging es bergab, seit politisch ein *«plumpes Entweder-Oder die Stunde beherrschte»,* wie es *Karl Anton Prinz Rohan* [6] ausgedrückt hat.

Halten wir einmal inne. Verglichen mit damals ist die Ausgangslage heute viel günstiger. Zwar mag im momentanen Strudel der Veränderungen den einen oder andern Beobachter wieder schwindeln. Aber nicht nur ist der Zwang zum Entweder-Oder entfallen, der noch die Nachkriegsjahre prägte, wenngleich in ganz anderer Frontstellung als früher. Überdies zeichnet sich gerade die europäische Szene gegenwärtig durch viel politischen Gleichklang aus. Sieht man einmal ab vom hartnäckigen Stalinismus in Albanien, wo sich die Anzeichen des Unmutes über die schlimmen Gegebenheiten freilich ebenfalls mehren, dann lässt sich gegenwärtig geradezu von einer demokratischen Grunderneuerung des Erdteils sprechen. Fragt sich nur, ob wir die Aufgaben besser meistern als unsere Eltern und Grosseltern? Oder ob es stimmt, was der amerikanische Journalist *Scott Sullivan* jüngst hämisch im Wochenmagazin *«Newsweek»* (vom 15. Oktober 1990, S. 15) vermerkt hat, dass die Westeuropäer *«bereits anfingen, die Vettern im Osten als Kostgänger ihrer Prosperität zu fürchten»?*

So oder so, die Voraussetzungen für eine einvernehmliche Architektonik des Alten Kontinentes sind zum ersten Mal seit Menschengedenken

gegeben. Von hüben und drüben redet keine Vormacht mehr dazwischen, was bis vor kurzem den Ausschlag zu geben pflegte. Selbst diese Einteilung in Hemisphären scheint gegenstandslos geworden, seit die Systemkonfrontation abklingt. Lässt sich die wiedergewonnene Selbstbestimmung verantwortlich nutzen? Werden wir endlich lernen, die europäischen Angelegenheiten verträglich zu koordinieren? Mit schönen Worten ist es nicht getan. Alles wird davon abhängen, ob die wirtschaftlichen Weichenstellungen für eine Reform der bankrotten Staatshandelsländer stimmen. Militärische Dauer-Auseinandersetzungen im Golf, das Umkippen der mühsam ausbalancierten Schuldenkrise in der Dritten Welt, ein weltinflationärer Schub — allgemeine Lageverschlechterungen hätten vermutlich unabsehbare Folgen auch für die Lage in Europa. *Rette sich wer kann!,* könnte die Devise dann wie eh und je lauten. Denn die institutionelle Vernetzung der EG mit dem übrigen Kontinent reicht — soweit vorhanden — noch keineswegs aus, um grössere Krisen abzuwettern. Sogar die Brüsseler Gemeinschaft selbst sähe sich in einem solchen *winter of discontent* auf eine harte Probe gestellt.

Belastungen

Irritationen gibt es ohnedies genug. Besonders für das neue Gesamtdeutschland nimmt sich die Sanierung Osteuropas — inklusive dessen, was vom Sowjetreich übrigbleiben mag — bereits heute wie ein finanzielles Bermudadreieck aus. Gleichwohl betrachtet die Wirtschaft die Veränderungen in Europa bislang mit viel Optimismus, so war immerhin auf dem 44. «Deutschen Betriebswirtschafts-Tag» in Berlin zu hören. Die unternehmerischen Vorbereitungen für den Binnenmarkt seien durch die Ereignisse in Osteuropa freilich überholt. Denn die Öffnung des Ostmarktes verändere die Wirtschaftsstrukturen Westeuropas auf längere Sicht stärker als die Verwirklichung des EG-Marktes. Das finanzielle Engagement in der ehemaligen DDR sei daher nur ein erster Schritt auf dem Weg zur marktwirtschaftlichen Verzahnung Zentral-, Ost- und Südosteuropas. Dort lebten hundertzwanzig Millionen Käufer mit einem riesigen Nachholbedarf an Gütern aller Art. Solche Nachfrage müsse in naher Zukunft befriedigt werden, damit diese Region nicht zu einem *«Europa zweiter Klasse»* gerate. Darauf hat in Berlin mit *Carl Hahn* (zit. *«FAZ»* vom 10. Oktober 1990, S. 16) der Vorstandsvorsitzende der Volkswagen AG ausdrücklich hingewiesen. Und wenn Westeuropa — im wohlverstandenen Eigeninteresse — Osteuropa wieder auf die Beine hilft, fördere das auch den Ausbau der Geschäftsverbindungen zur Sowjetunion, einem Zukunftsmarkt von verheissungsvollen zweihundertachtzig Millionen potentiellen Verbrauchern.

Neue Utopie

Ein anderer Aspekt der Europäischen Frage ist gegenwärtig aber nicht weniger wichtig und ebenso spannend. Nachdem sich *die* Grundutopie der Moderne — der realexistierende Sozialismus in all seinen Spielarten — im Alltag der Fabrikwelt als Irrweg entpuppt hat, scheint von den vielen Hoffnungen und Ideologien der Vergangenheit nurmehr die Vision einer *civil society* übriggeblieben zu sein. Dieses Gesellschaftsmodell aber ist es, das zum unbestrittenen Gestaltungsprinzip der «Europäischen Gemeinschaft» wird. Durch den anhaltenden Erfolg der EG geriet in den Augen ihrer Umwelt mithin auch die *civil society* zu einer Art von nachutopischer Utopie. Diese Hoffnung auf *Europa* ersetzte solchermassen die abgewirtschafteten Ideologien. Europa wurde als gesellschaftspolitisches Baukonzept wahrgenommen, das eine tragfähige Verbindung von Demokratie, Nationalstaat *retrouvé* und dem gedeihlichen Zusammenleben der Völker zu ermöglichen versprach. In der osteuropäischen Dissidentenszene ist eine solche Zukunftsperspektive seit langem anzutreffen. Und ehemalige Dissidenten sind heute in Warschau, Prag oder Budapest, demnächst womöglich auch in Bukarest, Sofia und — ja auch — in der Republik Russland an der Regierung. Nicht zuletzt mit Blick auf die Wirtschaftskraft und Friedensleistung der EG ist diese Euro-Attraktivität durchaus verständlich.

Brüssel wird sich auf dem Erdteil mithin als *(Kon)-Föderator* zu bewähren haben, sollen vor allem die wirtschaftlich schwachen Länder nicht in ihren Versorgungsschwierigkeiten versinken; oder sollen sie nicht an den Rand gedrängt werden, sozusagen als kontinentales *mezzogiorno*. Eine solche Entwicklung zuzulassen würde sicherlich die kontinentale Stabilität in Mitleidenschaft ziehen. Das wäre politisch kaum weitsichtig gehandelt. Es wäre auch nicht, im Sinne der Zivilgesellschaft, europäisch gehandelt. Jedenfalls nicht, wenn man den emphatischen Europa-Begriff ebenso ernstnimmt, wie die vielen Hoffnungen, die sich heute auf das EG-Modell einer friedfertigen und Wohlfahrts-orientierten Modernisierung des Alten Kontinentes richten. Und nicht nur im ehemaligen Ostblock werden diese Hoffnungen laut, sondern seit langem auch in jenen Ländern der Dritten Welt — mittlerweile 68 an der Zahl —, mit denen Brüssel im Rahmen des Lomé-Abkommens seit bald dreissig Jahren aussenwirtschaftliche Sonderbeziehungen pflegt.

Bleibt die Frage offen, ob die EG mit einem solchen Wunschaufkommen, das einigermassen überraschend auf sie zukommt, nicht überfordert ist? Denn so erfolgreich sich die westeuropäische Einigung von fern ausnehmen mag, ihre Schwächen lassen sich nicht übersehen. Dabei soll gar nicht von den bald zwanzig Millionen Arbeitslosen und weit mehr als dop-

pelt so vielen Armen innerhalb ihrer Grenzen gesprochen werden. Auch nicht davon, dass zwischen den Partnerländern bisher kaum eine Annäherung der Lebensqualität stattgefunden hat. Die Inflationsraten schwanken in der EG zwischen 2,5 und 22 Prozent, die Zinsen reichen von 8 bis 18 Prozent und die Haushaltsdefizite verschlingen zwischen 3 Prozent und 17 Prozent des Bruttoinlandproduktes. Von Angleichung also keine Spur, überdies ist es Brüssel bisher kaum gelungen, den ökologischen Katastrophenkurs einer nicht zuletzt durch das Binnenmarktprojekt angeheizten Produktivität zu bremsen, geschweige denn, aktiv zu einer Wiederversöhnung von Gesellschaft und Natur beizutragen.

So weit, so problematisch. Offen ist bislang aber auch noch etwas anderes. Wohin soll die europäische Gemeinschaftsreise eigentlich führen?, fragt sich mancher Zeitgenosse. Lässt man die materiellen Zielsetzungen des Zusammenwachsens, so lebenswichtig sie auch sind, für einen Augenblick des Nachdenkens einmal beiseite, dann entdeckt sich nicht nur der stark an die Zeiten altständischer Kabinettspolitik gemahnende Verwaltungsstil der Eurokratie als Ärgernis. Anders ausgedrückt: Würde die EG in ihrer jetzigen Fasson selbst der Gemeinschaft beitreten wollen, dann wäre sie im Sinne des EWG-Vertrages wohl abzulehnen, als demokratisch noch nicht hinreichend qualifiziert! Aber auch eine (traditionell gesprochen) *europäische Staatszwecklehre* ist auf transnationaler Ebene bisher nirgends in Sicht. Es geht in diesem Zusammenhang gar nicht um eine geschlossene politische Philosophie *made in Brussels.* Das wäre ganz vormodern gedacht. Europäisches Sein und europäisches Bewusstsein bleiben jedoch weiterhin völlig verschiedene Dimensionen, solange der Staaten-Kooperation in Brüssel neben der Zweckmässigkeit nicht auch eine Art von Zielkonsens unterliegt. Der Philosoph *Hegel* hat die Neuzeit einst belehrt, dass die Freiheit aus der *«Einsicht in die Notwendigkeit»* bestehe. Reicht das vielleicht auch für eine Definition des Gemeinschaftseuropas *in spe* aus?

Ist *Europäität* zu beschreiben als nüchterne «Einsicht in die Sachzwänge eines gemeinsamen Marktes»?

Mag schon sein. Aber rechtfertigt eine solche Vorstellung auf Dauer die Überführung altehrwürdiger Nationalstaaten in untergeordnete Verwaltungseinheiten? Mit welcher Orientierung ergänzt oder ersetzt die EG sogar die eingespielten Organisationsgeflechte auf dem Kontinent? Stellt diese Fragestellung ein *«freches (hegelsches) Anticipieren eines Weltplans»* dar, das *Jacob Burckhardt*[7] einst als anmassend verworfen hat? Sollte man pragmatisch lieber jene Losung übernehmen, wonach das Ziel nichts, der Weg aber alles ist?

Das wäre nicht besonders europäisch argumentiert. Denn politische Entscheidungen der Grössenordnung, wie sie auf der transnationalen

Ebene in Brüssel vollzogen werden, standen auf dem Alten Kontinent immer unter Erklärungsdruck. Die *«Logik der Sachen»* (Hallstein) mag durchaus ihren integrativen Charme haben. Eine Zusammenführung lebendiger Kräfte, wie es die verschiedenen Staats- und Lebenskreise Europas sind, bedarf aber doch wohl noch anderer Gründe als der Angleichung von Steuersätzen oder der wechselnden Abnahmeregularien für Auberginen. Oder soll man die ganze Angelegenheit einfach anspruchsloser betrachten, etwa frei nach dem klassischen Ratschlag eines *Alexander Pope*[8], wonach politisch dasjenige am günstigsten zu beurteilen sei, was am trefflichsten verwaltet wird? Durchaus möglich. Zu bedenken bleibt allerdings, dass es sich bei dem Einigungsprozess um einen irreversiblen Vorgang handelt. So oder so entscheidet sich die zukünftige Gestalt und damit auch die Befindlichkeit des Kontinentes und seiner Bewohner. Kaum verwunderlich mithin, dass nicht wenige Beobachter seit längerem fürchten, der *european way of life* selbst könnte in Mitleidenschaft gezogen werden, falls unbekümmert weiter drauflos vereinheitlicht wird, ohne im Sinne einer zu definierenden Europäität eigentlich zu wissen, wie die richtige Balance zwischen Gemeinschaftlichkeit und (soll man sagen) Partikularität zu halten wäre.

Margaret Thatcher hatte vor einiger Zeit gegenüber der Vereinheitlichungsfreude Brüssels zu bedenken gegeben, sie möchte ganz gerne Engländerin bleiben. Recht hatte sie, obschon diese Haltung London auf dem Euro-Gipfel Ende Oktober 1990 in Rom in die politische Isolierung führte, nachdem sie noch als Premierministerin mit Blick auf die weitreichenden Pläne einer Währungs- oder gar Politikunion ihrer Partner provozierend von einem *«cloud-cuckoo-land» («The Independent»* vom 29. Oktober 1990, S. 18) gesprochen hatte. Dabei schliesst der Wunsch, auch in Zukunft die europäischen «Vaterländer» und ihre «Muttersprachen» zu erhalten, keineswegs aus, dennoch alles zu europäisieren, was für die gedeihliche Zukunft des Alten Kontinentes nurmehr gemeinschaftlich zu sichern ist.

Eine Harmonie wird nur von verschiedenen Tönen zustande gebracht; gleiche Laute hingegen rufen leicht Monotonie hervor. Merkmal des europäischen Kulturkreises war immer dessen Formen-, Gestaltungs- und Richtungsreichtum, kurz, eine geradezu überbordende *abundantia* in jeder Beziehung. Diese Fülle gilt es zu erhalten; durch einen übertriebenen Eurozentralismus wäre sie gefährdet[9]. Synthese ja, Fusion nein! Derart liesse sich vielleicht die Warnung vor einem Eintopf nach Brüsseler Art in Politik und Kultur auf den Begriff bringen. Die EG wird als *Verflechtungsfalle* (Scharpf) gefürchtet. Dabei fehlt nicht der Hinweis darauf, dass sich die Mannigfaltigkeit der europäischen Lebenswelt eigentlich schon ihrer geistesgeschichtlichen Quellenvielfalt verdankt.

Zusammenfassend heisst es dazu in einem von *Fernand Braudel*[10] herausgegebenen Grundlagenbuch: Das Christentum selbst, *«das zu einem der mächtigsten Pfeiler der ‹abendländischen› Kultur werden sollte, zum gemeinsamen Nenner, zu dem die verschiedenen europäischen Nationen fanden»*, (S. 115 f.), und das schliesslich mit Europa identifiziert wurde, ist das Ergebnis einer jüdisch-hellenischen Synthese und damit mediterran-orientalisch gestimmt. Was wir europäische Zivilisation nennen, was wir europäische Kultur nennen, *«ist im Grunde eine aus dem östlichen Mittelmeerraum hervorgegangene Zivilisation, jenem Schmelztiegel, in dem sich verband, was von den asiatischen Inspirationsquellen ausging»* (S. 115 f.).

Variabilität

Der Vielfalt an Einflüssen entsprach auch die variantenreiche Entfaltung der europäischen Kultur. Mit *Max Weber*[11] können wir fragen, *«welche Verkettung von Umständen dazu geführt hat, dass gerade auf dem Boden des Okzidents, und nur hier, Kulturerscheinungen auftraten, welche doch — wie wenigstens wir uns gern vorstellen — in einer Entwicklungsrichtung von universeller Bedeutung und Gültigkeit lagen?»*

Die Dynamik der abendländischen Entwicklung erklärt sich nicht zuletzt aus dem Wettbewerb des politischen, philosophischen oder auch zivilisatorischen Nebeneinanders um Vorrang auf dem europäischen Kleinkontinent. Im Vergleich zu allen anderen Kulturkreisen, die eher auf Stetigkeit und damit auf Monumentalisierung des Errungenen achteten, hatte Europa damit einen Sonderweg eingeschlagen. Denn dieses Neben-, Gegen- und Miteinander begünstigte fraglos *«The European Miracle»*, also jene von *E. L. Jones* (New York ²1988) so anschaulich beschriebene Reise des Erdteils durch die Jahrhunderte bis in die Modernität. Mit der Kolonialisierung nötigte man seine Wirtschafts- als Kulturform dann der ganzen Erde auf — wenngleich in pervertierter Form —, weswegen mit Fug und Recht von einer *«Weltgeschichte Europas»* (Freyer) gesprochen worden ist.

Die konkurrierenden europäischen Interessen förderten allerdings auf der anderen Seite auch eine Fragmentierung, die das hiesige Wirrwar der Staatenwelt mehr als einmal an den Rand des Abgrundes führen sollte. Da das Abendland bis in das 20. Jahrhundert hinein allerdings den Dünkel pflegen konnte, die allein zivilisierte Welt zu sein, weil anderswo ein entsprechend mächtiges Gegengewicht fehlte, sah man auch keine Veranlassung, sich in Europa besonders nachbarschaftlich zu fühlen oder sich sogar als Einheit zu konstituieren, in welcher Form auch immer. Ganz im Gegenteil, das Geschick des Kontinentes blieb durch die Jahrhunderte weit mehr bestimmt vom eher als anti-europäisch zu bezeichnenden *sacro egoismo*

der Nationalstaaten als vom heutzutage vielgescholtenen Eurozentrismus. Und obschon hier und da Appelle an die Gemeinsamkeit zu hören waren — vor allem in Zeiten äusserer Bedrohung, wie etwa während der langen Türkennot —, stand die politische Geschichte des Erdteils bis in unsere Zeit unter dem Motto: *«Alle gegen alle»* [12]. Jede der vielen Zivilisationen verfügte über ein Territorium, das nur ihr gehören sollte. Dort durchdrang sie alles — ein Prozess von Jahrhunderten — und grenzte sich dabei frei nach *definitio est negatio* als Zugehörigkeitssphäre von andern Seinsformen ab. Auch der gemeinsame Glaubenshintergrund des kontinentalen Kulturlebens, zu dem die konkurrierenden Religionen weiterhin gehörten, spielte keine verbindende Rolle. Religiöse Zwiste waren auch schon vor der Reformation häufiger Anlass zu besonders blutigen Konflikten gewesen — danach ohnehin —, nicht anders übrigens, als wir es aus fremden Kulturkreisen kennen, man denke nur an die Welt des Islam.

Einigkeit?

Betrachten wir noch einmal unsere gegenwärtige Problemlage. Es werden Befürchtungen laut, die Eurokratie könne überfordert werden durch die Erwartungen, die sich beim Aufbau einer gesamteuropäischen Hausgemeinschaft heute auf sie richten. Kann der Staatenzusammenschluss in Brüssel ein überzeugendes Konzept des weiteren Einigungsweges entwikkeln? Ein Konzept, das die Festigung seiner Binnenstrukturen bewirkt und das auch die Beziehung zu den übrigen dreizehn Ländern westlich der Sowjetunion pflegt? Bisher hat es offenbar ausgereicht, sich im Rahmen eines elaborierten *Intergouvernalismus* mehr oder weniger geschickt durchzuwursteln, um in Sachen EG-Europa weiterzukommen. Diese Linie empfahl Jean Monnet sogar den Initiatoren der EG als die wahrscheinlich einzig mögliche Vorgehensweise; denn programmatische Einigkeit über das Wesen und die Zukunftsgestalt Europas sei, angsichts der nationalstaatlichen Vorbehalte, nie und nimmer zu erzielen. Und dieses Konzept war erfolgreich, obschon nach wie vor aussteht, was nach dem Bericht des römischen Historikers *Titus Livius* [13] jener sagenhafte Heros Romulus bei Gründung der Ewigen Stadt immerhin für unerlässlich erachtete, in dem er *«consilium deinde viribus parat»*.

Nach dem Zweiten Weltkrieg sprach realpolitisch einfach alles für die Kooperation, nicht zuletzt die Furcht vor dem übermächtigen Nachbarn im Osten, aber auch vor den Deutschen. Nun, die Zeiten haben sich mittlerweile geändert. Viele der Ausgangsmotivationen für den Zusammenschluss entfallen gegenwärtig, andere sind hinzugetreten, nicht zuletzt der

EG-Erfolg selbst. Immerhin Anlass genug, angesichts der heutigen Herausforderung die Frage nach Sinn und Zweck der Gemeinschaft neu zu stellen. Und damit auch danach, was am Ende für die beteiligten Länder eigentlich herauskommen soll, abgesehen einmal davon, dass alle Mitglieder viel wohlhabender sein möchten. Eine Beantwortung der Frage nach der Zukunft des Kontinentes setzt vor dem Hintergrund des europäischen Gegeneinanders allerdings die Suche nach der Identität voraus. Oder anders gesagt: Die Schablonisierung der europäischen Lebenswelten im Vollzug der Marktvereinheitlichung hat wenigstens aufgewogen zu werden durch Teilhabe an verschiedenen Lebensbereichen.

Die Menschen bleiben Einwohner einer Gemeinde, Bewohner einer Region, Mitglieder eines Nationalstaates und Bürger einer kontinentalen Gemeinschaft. In einem Essay über «Europa und seine Nationen» (Berlin 1990) hat der polnische Historiker *Krzysztof Pomian* noch einmal die Spannungen beschrieben, die sich in Europa immer aufgetan haben zwischen dem Eigensinn jener unendlich vielen lokalen Einheiten, Regionalkulturen und Staatszivilisationen einerseits und den Ideen eines gemeineuropäischen Kulturanspruchs andererseits. Haben die europäischen Staaten nicht ihre zentralen politischen Leitbegriffe vergleichbar ausdifferenziert? Etwa in den Vorstellungen von Fortschritt, Menschenrechten oder Toleranz?

Identität

Der 1646 in Leipzig geborene Philosoph *Gottfried Wilhelm Leibniz*[14] — gestorben 1716 in Hannover — hat mit seiner These, dass Harmonie die durch Identität versöhnte Verschiedenheit sei *(harmonia diversitas identitate compensata est),* Europa geradezu als Lehrstück einer Einheit in Vielfalt verstanden wissen wollen. Allerdings wusste Leibniz schon damals nicht, wo die solchermassen versöhnende Identität des Gegensätzlichen als Baustoff für die europäische Tagespolitik zu finden sei. Ist das heute anders geworden im Zeitalter der gesamteuropäischen Kooperation? Offenbar nicht, deswegen fällt es so schwer, *verbindliche* Bezugsgrössen für den weiteren Einigungsweg zu definieren — gleichsam einen idealtypischen Handlungsrahmen —, der uns helfen könnte, auf der transnationalen Bühne in Brüssel entsprechend zu handeln.

Die Individualpsychologen halten Erkenntnisse bereit: Identitätsstörungen führen nach Sigmund Freud zu Fehlverhalten. Deswegen sein Rat: *«Wo Es ist, soll Ich werden!»* Ohne diese Analogie zu strapazieren, sind Sachzwänge auch in der Politik kein ausreichender Ratgeber, man muss sich irgendwann einmal für ein Ziel entscheiden. Das ist auch in Brüssel natürlich nicht unbekannt.

Wir erinnern uns an einen Tag vor fast siebzehn Jahren: Man schreibt Freitag, den 14. Dezember 1973. Die EG bemüht sich auf höchster Ebene um eine Definition ihrer Zusammenarbeit, die mehr ins Auge fassen will als die Verabredung konkreter Einzelschritte oder die rechtliche Fixierung von Formen der weiteren Zusammenarbeit. Nach einer Tagung der Aussenminister der Partnerländer in Kopenhagen wird an diesem Freitag ein «Dokument über die europäische Identität»[15] verabschiedet, das bis heute einzig und grundlegend geblieben ist. Nach langen Diskussionen hat man es am Ende allerdings *ex officio* dann doch bei der Feststellung belassen, die Partnerländer hätten beschlossen — wie es heisst —, *«sich zusammenzuschliessen, um das Überleben einer Zivilisation zu sichern, die ihnen gemeinsam ist»*. Fragt sich nur, ob eine derartige Minimaldefinition heute ausreicht, um den Kontinent von Grund auf neu zu ordnen. Kann sich daraus die Gestaltungskraft ableiten, die notwendig ist, um all die politischen und wirtschaftlichen Aufgaben zu bewältigen, die sich im gegenwärtigen Gesamteuropa stellen?

Das Gewicht der EG wächst und wächst. Sie scheint aber nicht einmal mit ihren eigenen Hausaufgaben fertig zu werden. All die wesentlichen Dinge, die man sich fest vorgenommen hat — die Wirtschafts- und Währungsreform, aber auch die Politische Union —, sind grundsätzlich nur durch Konsensbildung erreichbar. Daran aber hapert es gerade, obschon immerhin in einer am 11. Juli 1990 vom Strassburger Europaparlament beratenen Verfassungsgrundlage die Konturen eines Europäischen Bundesstaates, man möchte es hoffen, sichtbar wurden. Die Abgeordneten waren damit aber wieder einmal weiter als die etwas triste Realität der Gemeinschaftsangelegenheiten. Hier führt vornehmlich die Uneinigkeit das grosse Wort. Nach einer euphorischen Stimmung des Aufbruchs in den vergangenen Monaten ist Europa ziemlich abrupt auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt worden durch die Krisen der Weltpolitik, man denke nur an den Krieg in der Golfregion und die Vorgänge im Baltikum. Die eigene Rolle in diesen Krisen fiel durch die Schwierigkeit, die divergierenden Interessen abzustimmen, dann doch viel bescheidener aus, als man es sich vielleicht gewünscht hätte. Ausserdem hat sich in diesem Zusammenhang gezeigt, dass mit dem Ende des Kalten Krieges keineswegs jene vieldiskutierte *Postmoderne* anhebt. Auch in naher Zukunft werden die Wölfe wohl nicht bei den Lämmern wohnen. Ganz im Gegenteil, es gibt viele Anzeichen dafür, dass das Klima der Weltpolitik eher wieder rauher wird. Um in Unwettern zu bestehen, fehlen der EG aber immer noch wichtige Voraussetzungen, wie eine unabhängige Verteidigung. Wobei die eigene Aussenwirtschaftspolitik übrigens dazu angetan sein könnte, die Verdüsterungen der Weltlage noch zu fördern.

Man denke einzig an die Verhandlungen im Rahmen des Allgemeinen

Zoll- und Handelsabkommens (GATT), wobei es in Genf unter anderem um die Liberalisierung der Weltagrarmärkte geht. Brüssel steht unter Zugzwang, weil die Wirtschaftsgemeinschaft sich von aussen wie ein Hochschutzzollgebiet ausnimmt. Die EG-Kommission hatte sich zu dem Angebot durchgerungen, den eigenen Agrarschutz um dreissig Prozent zu senken. Der Ministerrat hat das prompt abgelehnt, seinen Entschluss dann nach mühsamen Verhandlungen aber korrigieren müssen, allerdings erst, nachdem interne Ausgleichszahlungen für die Landwirtschaft verabredet worden waren, was die Verhandlungen nicht befördert hat. Wer in Europa lässt schon seine Bauern im Stich? Mag sich der Weltmarkt in abgeschottete Handelsblöcke auflösen; soll die Dritte Welt sehen, was sie mit ihren Produkten macht — was schert das die starken Interessengruppen in der EG? Das ist aber noch nicht alles, auch die Verhandlungen Brüssels mit der Europäischen Freihandelszone über die Formung eines gemeinsamen Wirtschaftsgebietes stocken. Und über die Ausgestaltung der Beziehungen zum ehemaligen Ostblock herrschen tiefe Meinungsverschiedenheiten. Soll man die ruinierten Staatshandelsländer in die Gemeinschaft aufnehmen? Und wann? Oder soll man die EG abschotten, mindestens bis zu dem Zeitpunkt, an dem die eigenen Schwierigkeiten, etwa in Zusammenhang mit dem Binnenmarktprojekt, überwunden sind?

Hinter Optionen wie diesen stehen sehr verschiedene Vorstellungen darüber, wie es überhaupt weitergehen soll mit der EG und in Europa. Man wird sich darüber einigen müssen, was man eigentlich will. Setzt das nicht voraus, erst zu definieren, was alle betrifft und daher als *europäisch* anzusehen ist?

[1] «Europa und die Revolution» (1819), Gesammelte Schriften, hrsg. Marie Görres, München 1854, Bd. IV, S. 327. — [2] «Die unvollendete Revolution. Rumänien zwischen Diktatur und Demokratie», München 1990. — [3] «Auflösung der Kolonialreiche», München 1966, S. 17. — [4] «Pulverfass Sowjetunion», München 1990. — [5] «Gesammelte Werke» II, Reinbek 1978, S. 1075 ff. — [6] «Schicksalsstunde Europas», Graz 1937, S. 1. — [7] «Über das Studium der Geschichte», Hrsg. Peter Ganz, München 1982, S 170. — [8] «Essay on Man» (1733/1734), Epistel I, Vers 298. — [9] Mit Blick etwa auf den Zustand des europäischen Kulturmarktes sieht sich dieses Problemfeld in einem von Hajo Cornel besorgten «Jahrbuch für europäische Kultur» (Köln, Volksblatt Verlag, 1989) eindrucksvoll dokumentiert, das sich mit dem sich abzeichnenden Medien-Einerlei auf dem Kontinent befasst. — [10] «Europa: Bausteine seiner Geschichte», Frankfurt am Main 1989. — [11] «Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie», Tübingen 1920, S. 1. — [12] In einem von Klaus Garber herausgegebenen Sammelband «Nation und Literatur im Europa der Frühen Neuzeit» (Tübingen 1989) ist diese Ausdifferenzierung als Lebensprinzip der europäischen Tradition jüngst ebenso facettenreich wie anschaulich dargelegt worden. — [13] «Ab urbe condita libri» I, 8. — [14] «Die philosophischen Schriften», hrsg. v. C. J. Gerhardt, Bd. I (Berlin 1875), S. 73. — [15] Jürgen Schwarz (Hrsg.), «Der Aufbau Europas», Bonn 1980, S. 499.